

Sitzungsniederschrift

1. Sitzung des Ausschusses für Raumordnung, Umwelt und Klimaschutz

Sitzungsort: Stadthalle Aurich, Bürgermeister-Anklam-Platz, 26603 Aurich		
Sitzungsdatum: 23.02.2022	Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr	Sitzungsende: 17:41 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion / Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Trauernicht, Matthias	FW im Landkreis Aurich	
Mitglieder		
Albrecht, Hinrich	SPD	
Buschmann, Saskia	CDU/FDP	
Ennen, Jann	CDU/FDP	
Harm-Rehrmann, Angela	SPD	
Harms, Uwe	CDU/FDP	
Jelken, Friedhelm	CDU/FDP	
Kleen, Johannes	SPD	
Odens, Roelf	CDU/FDP	
Saathoff, Georg	SPD	
Stange, Axel	SPD	
Trauernicht, Hinrich	SPD	Vertretung für Herrn Timo Seeberg
van Gerpen, Dorothea	SPD	
Weiss, Edgar	FW im Landkreis Aurich	
Wittmer-Kruse, Olaf	GRÜNE	
Grundmandat		
Looden, Jan	AfD	
Verwaltung		
Ahten, Eiko		Baudezernent

de Vries, Ingo Klimamanagement

Kramer, Christian

Vogel, Judith

Wessels, Keno

Wiemers, Nadine

Meinen, Olaf

Nicht anwesend:

Mitglieder

Seeberg, Timo SPD

Verwaltung

Campen, Jann

Habben, Karin

Hayen, Matthias

Hillebrand, Sonja

Meinen, Walter

Otten, Olaf, Dr.

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

-
1. Eröffnung der Sitzung
 2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
 3. Feststellung der Tagesordnung
 4. Einwohnerfragestunde
 5. Vorstellung Managementplan Fehntjer Tief
 6. Fraktionsübergreifende Resolution vom 07.07.2021 - Resolution zur Einrichtung einer Emissions-Messtation in der Krummhörn; Bericht des Niedersächsisches Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz über den Aufbau des Lufthygienischen Über
Vorlage: IX-AF/2021/032
 7. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.02.2022; Schutz der Einwohner gegen Kontaminierung der Luft und des Wattenmeeres durch Industrieansiedlungen in der Region Delfzijl (NL)
Vorlage: X-AF/2022/003
 8. Benennung von beratenden Mitgliedern im Ausschuss für Raumordnung, Umwelt und Klimaschutz
-

Vorlage: X/2022/015

9. Beschluss über die Erstellung eines Solardachkatasters
Vorlage: X/2022/016

10. Verschiedenes, Wünsche und Anregungen

11. Einwohnerfragestunde

12. Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Trauernicht (nachfolgend: Der Vorsitzende) begrüßt die Mitglieder des Ausschusses für Raumordnung, Umwelt und Klimaschutz, die Vertreter*innen der Presse sowie die anwesenden Zuschauer*innen und eröffnet die Sitzung um 15:07 Uhr.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Der Vorsitzende stellt die Tagesordnung im Einvernehmen mit den Ausschussmitgliedern fest.

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Seitens der Einwohner*innen werden keine Fragen gestellt.

TOP 5 Vorstellung Managementplan Fehntjer Tief

Baudezernent Ahten führt in die Thematik des Managementplans für das FFH-Gebiet „Fehntjer Tief und Umgebung“ sowie das Vogelschutzgebiet „Fehntjer Tief“ ein. Er erläutert, dass es sich bei dem Managementplan um ein Fachgutachten handelt, welches keine Drittverbindlichkeit erwirke. Der gemeinsame Konsens läge in der kooperativen Zusammenarbeit sowie der gemeinsamen Ermittlung und Vereinbarung naturschutzfachlicher Maßnahmen zwischen der Verwaltung und den Bewirtschaftern der Flächen innerhalb des Fehntjer Tiefs. Daher ließe sich der Managementplan als „Baukasten“ beschreiben. Herr Ahten dankt der Firma BIOS für die Erstellung des Managementplans und übergibt das Wort an Frau Dr. Kemmer vom Büro BIOS.

Frau Dr. Kemmer stellt den Managementplan für das Schutzgebiet Fehntjer Tief anhand einer Präsentation vor [siehe Anlage 1].

Abg. Looden fragt nach dem Bezugspunkt, auf den sich die in der topographischen Karte angegebenen Höhenangaben beziehen.

Frau Dr. Kemmer erläutert, dass sich die Höhenangaben nach Normalhöhennull (NHN) richten. Der Nullwert sei in der Karte entsprechend farblich gekennzeichnet.

Abg. Looden fragt im Anschluss an die Präsentation, an welcher Stelle der Aufbau des Stellwerkes geplant sei und ob dieses zu Problemen für Bootsfahrer führen könne.

Frau Dr. Kemmer erklärt, dass das Stellwerk im Bereich des Fehntjer Tiefs platziert werden solle und lediglich im Winter für Überschwemmungssimulationen geschlossen würde. So seien Probleme für Bootsfahrer, welche eher in den Sommermonaten fahren würden, nicht zu erwarten.

Abg. Odens nimmt zu dem Wortlaut „Flexibilität“ Stellung, welcher im Rahmen der Präsentation gefallen sei. Ihm sei bekannt, dass der Naturschutz und die Landwirtschaft häufig im Konflikt zueinander stünden. In der Krummhörn beispielsweise werde inzwischen wieder mehr Landwirtschaft betrieben, um Maßnahmen für den Wiesenbrüter zu realisieren. Herr Odens betont, dass es zum Schutz der Arten einer Kooperation zwischen dem Naturschutz sowie der Landwirtschaft bedürfe. Aus diesem Grunde begrüße er den Wortlaut „Flexibilität“ in Bezug auf die Durchsetzung des Managementplans.

Weiterhin führt Abg. Odens aus, dass es Probleme bezüglich der Nutzungsrechte an einzelnen Flächen innerhalb des Fehntjer Tiefs geben könne, da auch öffentliche Flächen von Landwirten gepachtet würden. Landwirte stünden untereinander in starker Konkurrenz und seien grundsätzlich von vielen Sorgen und Nöten begleitet, sodass er vermute, dass nur eine geringe Anzahl an Landwirten auf eine Flächenbewirtschaftung verzichten würden. Dennoch hege Abg. Odens die Hoffnung, dass auch aus Sicht der Landwirtschaft der Fokus auf das gelegt werde, was wirklich geschützt werden müsse und dass auch bisherige Schutzgebiete in Zukunft besser geschützt und begleitet werden.

Frau Dr. Kemmer erläutert, dass der Managementplan aus naturschutzfachlichen Überlegungen heraus entworfen worden sei. Das Ziel sei hierbei nicht ein vollständiges Nutzungsverbot innerhalb des Fehntjer Tiefs, sondern im Sinne der Vielseitigkeit eine Art Nutzungsmosaik der einzelnen Flächen im gemeinsamen Zusammenspiel mit der Landwirtschaft. Dies setze eine konstruktive Zusammenarbeit voraus.

Abg. Wittmer-Kruse führt an, dass in der Präsentation vorrangig Flächen dargestellt worden seien, welche innerhalb des Fehntjer Tiefs lägen und sich im Eigentum des Landkreises Aurich befänden. Die umliegenden Flächen stünden jedoch in privatem Eigentum. Abg. Wittmer-Kruse fragt, welchen Einfluss diese privaten Grundstücke durch Entwässerungsmaßnahmen auf die Flächenbeschaffenheit des Fehntjer Tiefs nehmen könnten.

Frau Dr. Kemmer erklärt, dass ein Blick in die Fehntjer Tief-Kulisse zur Erläuterung ausreiche. Der Grundwasserstand der durch Unterschöpfwerke entwässerten Polder sei dauerhaft auf -2,5 m unter NHN eingestellt. Das Wasser werde zum Teil sogar unter den Flüssen her gedükert und abgeleitet. Der Wasserstand auf unmittelbar be-



nachbarten Schutzflächen, die frei ins Fehntjer Tief entwässerten, liege dagegen bei 1,10 über bis -1,20 m unter NHN. Es ergebe sich folglich eine Differenz der Grundwasserstände von 1,30 bis 1,40 m zwischen nebeneinander liegenden Bewirtschaftungseinheiten. Es sei daher schwer, Flächen mit wertgebenden Arten nass zu halten. Hierdurch sei auch der Eintrag von Nährstoffen ein weiteres großes Thema, da es zu einer Zunahme von stickstoffliebenden Arten gekommen sei, obwohl auf diesen Flächen nie gedüngt worden sei. Dies könne u.a. auf den Nährstoffeintrag aus der Luft zurückgeführt werden. Im Managementplan seien entsprechende düngungsfreie Schutzzonen ausgewiesen worden. Frau Dr. Kemmer schätze die vollständige Wiederherstellungsmöglichkeit der Übergangsmoore aufgrund der genannten Einflüsse als fraglich ein.

Abg. Weiss führt aus, dass die 380-kV-Hochspannungsleitung das Fehntjer Tief bereits seit langem begleite und auch tangiere. Er fragt, ob das besondere Schutzbedürfnis und die Einwirkungen der 380-kV-Leitung und der damit einhergehenden elektromagnetischen Spannungen bekannt seien. Weiterhin fragt er, ob diese Leitungen verboten werden sollten.

Frau Dr. Kemmer erläutert, dass es selbst für den Landkreis nicht nachvollziehbar sei, dass die 380-kV-Leitung innerhalb des Fehntjer Tiefs genehmigt wurde. Insbesondere, da es sich um ein Vogelschutzgebiet handele. Der Landkreis habe sich seinerzeit für einen Trassenverlauf außerhalb des Schutzgebietes eingesetzt, jedoch ohne Erfolg.

Abg. Stange fragt, wie hoch die Kosten für die Umsetzung des Managementplanes seien, wer für die Kosten aufkäme und ob es Fördermittel gebe.

Frau Dr. Kemmer erklärt, dass sie keine Auskunft über die Gesamtkosten geben könne. Bisher seien die Kosten für jede einzelne Maßnahme grob aufgeführt und beispielsweise je nach Hektar kalkuliert worden. Die Maßnahmen könnten über EU-Fördermittel umgesetzt werden, zum Beispiel durch Agrarumweltmaßnahmen (AUM), die es heute schon gebe, sowie über weitere Fördermittelperioden.

Baudezernent Ahten führt darüber hinaus aus, dass sich das Land Niedersachsen über den Niedersächsischen Weg dazu verpflichtet habe, mehr Finanzmittel u.a. für Natura 2000-Gebiete zur Verfügung zu stellen. Die Unterhaltung dieser Gebiete als Aufgabe des Landkreises gehöre zum übertragenen Wirkungskreis, sodass das Land Niedersachsen für die Finanzierung des Gebietsmanagements zuständig sei.

Abg. Wittmer-Kruse betont, dass es hinsichtlich der Vernässungs- und Überflutungsmaßnahmen konkurrierende Interessen zwischen der Wasserwirtschaft, dem Naturschutz und der Landwirtschaft gebe.

Frau Dr. Kemmer erläutert, dass aufgrund der verschiedenen, unter anderem konkurrierenden betroffenen Interessengruppen nicht immer alle aus naturschutzfachlicher Sicht gewünschten Ziele problemlos umgesetzt werden könnten. Aus diesem Grunde seien die das Wassermanagement betreffenden Maßnahmen auf lokale Flächen begrenzt. Zudem seien diese stark von den Flächeneigentümer*innen abhängig. Das Fehntjer Tief selber bliebe beispielsweise unberührt. Unterlieger*innen wären betroffen, wenn die Vernässung weiter vorangetrieben werde. Weiterhin führt Frau Dr. Kemmer aus, dass das Stellwerk am Sauteler Kanal lediglich für periodische Überschwemmungen Sorge. Aus diesem Grunde handele es sich im Fehntjer Tief lediglich um lokal begrenzte wasserbauliche Maßnahmen. Für größere Vorhaben seien in der Regel Planfeststellungsverfahren nötig.

TOP 6 **Fraktionsübergreifende Resolution vom 07.07.2021 - Resolution zur Einrichtung einer Emissions-Messstation in der Krummhörn; Bericht des Niedersächsisches Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz über den Aufbau des Lufthygienischen Überwachungssystems Niedersachsen (LÜN) berichten und erläutern, warum weitere Messstationen nicht für erforderlich gehalten werden.**
Vorlage: IX-AF/2021/032

Baudezernent Ahten führt in die Thematik der Industrieansiedlungen in Delfzijl (NL) ein, zu der erstmalig in der 28. Sitzung des Ausschusses für Kreisentwicklung und Umwelt berichtet wurde. Eine durch das Niedersächsische Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz (MU) in Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt Hildesheim (GAA) erfolgte Bewertung ergab, dass eine Überschreitung der Luftschadstoffwerte durch die Industrieansiedlung in Delfzijl nicht zu erwarten sei und die Einrichtung einer weiteren Messstation in der Krummhörn aus fachlicher Sicht nicht notwendig sei. Über die daraufhin angestrebte fraktionsübergreifende Resolution wurde sowohl im Kreisausschuss als auch im Kreistag beraten mit dem Ergebnis, diese vorher in dem dafür zuständigen Fachausschuss zu behandeln. Hier solle dann ein Vertreter/ eine Vertreterin des MU über den Aufbau des Lufthygienischen Überwachungssystems Niedersachsen (LÜN) berichten und erläutern, warum weitere Messstationen nicht für erforderlich gehalten werden.

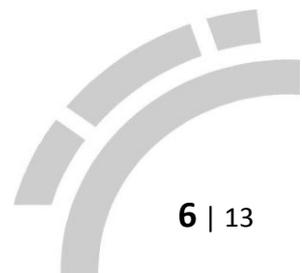
Über das Videokonferenz-Tool Webex sind Herr Dr. Günther, Herr Dr. Hainsch vom Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt Hildesheim und Herr Dr. Wiener vom Umweltministerium der Sitzung zugeschaltet. **Baudezernent Ahten** begrüßt die Vertreter des MU und des GAA und übergibt das Wort an Herrn Dr. Wiener.

Herr Dr. Wiener erläutert einleitend, dass das lufthygienische Überwachungssystem Niedersachsen (LÜN) im Auftrag des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz vom staatlichen Gewerbeaufsichtsamt Hildesheim betrieben wird.

Herr Dr. Hainsch stellt anhand einer Präsentation [s. Anlage 2] neben dem lufthygienischen Überwachungssystem die nach der 39. BImSchV einzuhaltenden Immissions- und Grenzwerte vor. Diese setzt er in Vergleich mit den tatsächlich in Niedersachsen gemessenen Werten und zieht daraus das Fazit, dass insgesamt eine sichere Einhaltung der Grenzwerte zu erwarten sei und es somit keiner Ausweitung der Messungen in der Krummhörn bedürfe.

Abg. Wittmer-Kruse bedankt sich für den Vortrag des Herrn Dr. Hainsch. Er bezieht sich auf die in der Präsentation genannten Beurteilungsschwellen für Lufthygiene und äußert, dass er vermute, dass diese an Messbarkeitsschwellen angelehnt seien. Er gehe davon aus, dass, je höher die Entfernung einer Luftmessstation zu einer Luftgefahrenquelle läge, die Messbarkeit von Luftschadstoffen entsprechend nachlasse, insbesondere aufgrund der Windrichtungsverteilung. Weiter führt er aus, dass die Messstation in Emden aus diesem Grunde bisher nicht ausreichend sei, da die Krummhörn knapp zehn Kilometer näher am Industriegebiet Delfzijl läge. Aus seiner Sicht sei es wesentlich sinnvoller, die Luft näher an der Gefahrenquelle zu messen.

Weiterhin geht Abg. Wittmer-Kruse auf die Aussage ein, dass höhere Luftschadstoffwerte durch den Industrieausbau in Delfzijl nicht zu erwarten seien. Einige Bürger*innen der Krummhörn seien zwischenzeitlich unangenehmen Gerüchen ausgesetzt, welche aus den Niederlanden zu stammen schienen. Die Krummhörn sei ein bedeutsames touristisches Gebiet, gleichzeitig jedoch auch ein relevantes Wohngebiet



mit hohem naturschutzfachlichem Wert. Unangenehme Gerüche und unsaubere Luft seien nicht wünschenswert. Ergänzend führt er aus, dass die Niederlande auch an einer sauberen Luft interessiert sei, sodass das Industriegebiet in Delfzijl derart angelegt worden sei, dass die Luftemissionen von den Niederlanden weg auf die Nordsee und nach Deutschland ziehen würden. Aus diesem Grund bittet er um die Errichtung einer dichter an Delfzijl gelegenen Messstation in der Krummhörn und um ein Festhalten an der Resolution.

Herr Dr. Hainsch erläutert, dass die bestehenden Messstationen nicht zufällig platziert worden seien, sondern bewusst im Sinne des Hotspotgedankens in den Gebieten, in welchen die höchsten Luftemissionen zu erwarten seien. Aus diesem Grunde sei im Umkehrschluss darauf zu schließen, dass Gebiete ohne Luftmessstation weniger belastet seien als die Gebiete mit Messstation. Weiterhin führt er aus, dass die Windrichtungsverteilung wenig Einfluss auf die Messwerte nehme. Auch in Emden drehe sich der Wind öfter, sodass entsprechende Ausschlagungen während der Messungen vorkommen müssten, sollten auch die Grenzwerte in der Krummhörn überschritten werden. Dies sei allerdings nicht der Fall. Darüber hinaus erklärt Herr Dr. Hainsch, dass unangenehme Gerüche nicht relevant seien, da die Messstationen lediglich geruchsfreie Schadstoffe messen würden. Ein unangenehmer Geruch bedeute nicht automatisch, dass es sich um einen Schadstoff handelt.

Abg. Wittmer-Kruse entgegnet, dass die Krummhörn dennoch näher an Delfzijl gelegen sei als Emden und äußert die Bedenken, dass die größere Entfernung zwischen Emden und Delfzijl dafür sorgen könne, dass gewisse Schadstoffe nicht mehr gemessen werden können. Eine Platzierung einer Messstelle in der Krummhörn sei sinnvoller, da hierhin mehr Stoffe verbreitet werden könnten.

Herr Dr. Hainsch erklärt, dass in Deutschland vom Betreiber einer emittierenden Anlage Schadstoff-Ausbreitungsrechnungen im Genehmigungsverfahren nachzuweisen seien. Dies sei aufgrund von EU-Recht vorgeschrieben. Er gehe davon aus, dass auch ein Betreiber in Delfzijl solche Schadstoff-Ausbreitungsrechnungen durchführen müsse und dieser Anforderung auch nachkomme. Hierfür sei er jedoch nicht der richtige Ansprechpartner.

Abg. Wittmer-Kruse fragt, ob die Messstelle in der Krummhörn möglicherweise Schadstoffe bzw. Messwerte registrieren könne, welche die Messstelle in Emden aufgrund der Entfernung oder des Windes nicht nachweisen könne, weil sie dort nicht ankämen.

Herr Dr. Hainsch antwortet, dass er hierzu keine eindeutige Aussage tätigen könne. Zwar sei eine unterschiedliche Messung durchaus möglich, jedoch bisher nicht bekannt. Sicher sei jedoch, dass auch in der Krummhörn keine Werte registriert würden, welche oberhalb der Messschwelle lägen.

Herr Dr. Wiener führt darüber hinaus aus, dass Industrieanlagen europaweit nach hohen Standards genehmigt würden, sodass auch von Niederländischen Unternehmen eine Überschreitung der Emissions-Messwerte nicht zu erwarten sei.

Der Vorsitzende fragt, welche Kosten der Neubau einer Messstation in Krummhörn mit sich zöge.



Herr Dr. Hainsch erläutert, dass eine Messstation zunächst beschafft werden müsse; hier sei mit Kosten in Höhe von rund 150.000 € zu rechnen. Darüber hinaus müssten zudem die Betriebskosten berücksichtigt werden.

Der Vorsitzende fragt an, ob die TOP 6 und 7 zusammengelegt werden können.

Abg. Wittmer-Kruse verneint dies. Daraufhin teilt **der Vorsitzende** mit, dass weiterhin eine getrennte Behandlung erfolgen wird.

Abg. Stange erfragt, warum der Zeitpunkt der Antragstellung der Resolution bereits längere Zeit zurückläge. Deutlich sei in Bezug auf die Luftqualität, dass die gemessenen Werte allesamt unterhalb der Messschwelle lägen und dies auch weiterhin zu erwarten sei. Es sei für ihn nachvollziehbar, dass Ängste und Sorgen bezüglich der Industrie in Delfzijl vorhanden seien, dennoch gehe es nicht um eine subjektive, sondern um eine objektive und sachliche Entscheidung. Die Fraktion SPD sehe keine Notwendigkeit für eine weitere Messstation in Krummhörn, sodass der Resolution nicht zugestimmt werde.

Abg. Wittmer-Kruse entgegnet, dass die Verzögerung der Behandlung des Resolutionsantrages auf verwaltungsinterne Regelungen zurückzuführen sei.

Landrat Meinen bestätigt, dass die Verzögerung zustande kam, da zunächst ein Termin mit den Herren Dr. Günther, Dr. Hainsch und Dr. Wiener hätte vereinbart werden müssen. Dies habe einige Zeit in Anspruch genommen.

Abg. Wittmer-Kruse führt weiterhin aus, dass in der 28. Sitzung des Ausschusses für Kreisentwicklung und Umwelt durch Abg. Odens angeregt worden sei, dass Frau Altmann die Resolution formuliere. Für ihn sei die Resolution sinnvoll, da die aktuellen Messstellen aufgrund der Entfernung nicht so platziert seien, dass sie alles messen können, was sie sollen. Er bittet um ein Festhalten an der Resolution.

Abg. Buschmann erklärt, dass sich die Fraktion CDU/FDP der Auffassung der SPD anschließe. Die neuen Erkenntnisse aus dem Vortrag des Herrn Dr. Hainsch hätten plausibel und nachvollziehbar verdeutlicht, dass mit keiner Überschreitung der Messwerte zu rechnen sei, sodass die Resolution nicht notwendig sei.

Abg. Odens führt an, dass die Zuständigkeit für die Errichtung einer Messstation beim Land Niedersachsen läge und daher kein Einfluss auf die endgültige Entscheidung genommen werden könne. Darüber hinaus sehe er den Betrieb einer Messstation durch eine Kommune als utopisch und zu teuer an. **Abg. Odens** bezieht sich weiter auf die von Abg. Wittmer-Kruse getätigte Äußerung und erläutert, dass er die Formulierung der Resolution seinerzeit aufgrund der wenigen Informationen vorgeschlagen habe. Nunmehr habe ihm der Vortrag des Herrn Dr. Hainsch jedoch seine Sorgen größtenteils genommen. Er bestätigt, dass sich die Fraktion CDU/FDP der Auffassung der SPD-Fraktion anschließe und sich gegen die Resolution ausspreche.

Abg. Weiss bringt zum Ausdruck, dass er die Resolution als Hilferuf der Ostfriesen zum Erhalt der Luftwerte sehe. In Ostfriesland werde von der guten Luft gelebt, die Luftqualität sei ein Aushängeschild. Daher sollte gegen jegliche Luftbeeinträchtigungen vorgegangen werden. Bei wirklicher Gefahr solle der Landkreis tätig werden, da das Land Niedersachsen lediglich bei Überschreitung der Schwellenwerte handle. Möglicherweise könne der Landkreis in den Niederlanden anfragen, ob die Filteranlagen der Niederländischen Industrie aufgebessert werden könnten. Die Luft in Ostfriesland

sei schließlich besonders und solle geschützt werden. Abg. Weiss erklärt, dass die Resolution durch die Fraktion Freie Wähler unterstützt werde.

Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, stellt der Vorsitzende den Resolutionsentwurf zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 3 Nein-Stimmen: 12 Enthaltungen: 0
➔ **mehrheitlich abgelehnt**

Der Vorsitzende hält fest, dass sich der Ausschuss für Raumordnung, Umwelt und Klimaschutz mehrheitlich gegen die Resolution ausgesprochen hat.

TOP 7 **Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.02.2022; Schutz der Einwohner gegen Kontaminierung der Luft und des Wattenmeeres durch Industrieansiedlungen in der Region Delfzijl (NL)**
Vorlage: X-AF/2022/003

Abg. Wittmer-Kruse stellt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.02.2022 zum Schutz der Einwohner gegen Kontaminierung der Luft und des Wattenmeeres durch Industrieansiedlungen in der Region Delfzijl (NL) [siehe Vorlage X-AF/2022/003] vor.

Baudezernent Ahten nimmt Bezug auf die Ausführungen in dem Antrag der Grünen, entschieden gegen die Gefährdung von Mensch und Tier durch Kontamination von Luft, Boden und Wattenmeer einzutreten und führt aus, dass die Kreisverwaltung in der Vergangenheit bereits von sich aus öffentliche Bekanntmachungen über die Durchführung von entsprechenden Genehmigungsverfahren in der Region Delfzijl zum Anlass genommen habe, die Verfahrensunterlagen anzufordern und zu den Vorhaben Stellung zu beziehen. Eine pauschale Ablehnung jeglicher Luftbelastungen sei jedoch von der Rechtsordnung nicht gedeckt. Es müsse vielmehr stets darum gehen, dass die geltenden Grenzwerte eingehalten würden.

Die im Antrag benannte Bündelung von Interessen der kreisangehörigen Gemeinden und eine Kontaktaufnahme zur Stadt Emden sei in der Vergangenheit bereits erfolgt. Mit den vorgenannten Gebietskörperschaften stehe man zu verschiedenen Themen im regelmäßigen Austausch. Auch würde ein notwendiger fachlicher Austausch herbeigeführt. Ein gutes Beispiel hierfür sei die heutige Sitzung. Im Vorfeld habe die Kreisverwaltung zum Niedersächsischen Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz (MU) und zum Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt Hildesheim (GAA) Kontakt aufgenommen und Fragen der Luftreinhaltung thematisiert. Entsprechende Informationen hätten die Ausschussmitglieder heute von Vertretern des MU und des GAA erhalten. Die Einrichtung einer eigenen Arbeitsgruppe hierfür sei aus Sicht der Verwaltung nicht notwendig.

Abg. Wittmer-Kruse führt aus, dass die Bürgerinitiative Saubere Luft Ostfriesland e.V. gegen die Errichtung weiterer Industrieanlagen in Delfzijl geklagt habe und fragt, ob sich der Landkreis dieser Klage angeschlossen habe bzw. selber klage.

Baudezernent Ahten berichtet, dass sich der Landkreis einer Klage seinerzeit nicht angeschlossen habe. Auch habe der Landkreis nicht eigenständig Klage erhoben. So sei bereits zweifelhaft, ob der Landkreis in dieser Angelegenheit überhaupt klagebefugt sei.

Abg. Stange stellt den Antrag, diese Thematik innerhalb der einzelnen Fraktionen beraten zu dürfen und bittet um Vertagung der Entscheidung. Es fehlten viele Informationen und Dokumente, die eine Entscheidung innerhalb dieser Sitzung erschweren.

Abg. Weiss äußert, dass er grundsätzlich dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne zustimme. Weiterhin führt er aus, dass dem Landkreis zwar in vielerlei Hinsicht die Hände gebunden seien, doch sehe er sich und die Politik als Vertretung der Bürger*innen dazu verpflichtet, entsprechend gegen Umweltverschmutzungen einzutreten. Dennoch schließe er sich zunächst ebenfalls der Fraktion der SPD an und bittet um Vertagung der Entscheidung, um innerhalb der Fraktionen beraten zu können.

Abg. Wittmer-Kruse meint, dass eine Vertagung der Entscheidung zur weiteren Besprechung innerhalb der Fraktionen sinnvoll sei. Er führt an, dass die Bürgerinitiative Saubere Luft Ostfriesland e.V. eingeladen werden könne, um vor den Ausschussteilnehmer*innen zu sprechen, da die Bürgerinitiative sehr gut informiert sei.

Der Vorsitzende schlägt vor, die Entscheidung zu vertagen und den Fraktionen zu gewähren, die Thematik innerhalb der Fraktionen zu beraten. Er bittet um Abstimmung:

Der Antrag wird zur Beratung in die Fraktionen verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

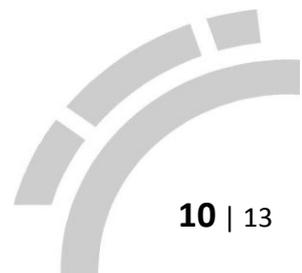
⇒ Ja-Stimmen: 15 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
⇒ **einstimmig beschlossen**

TOP 8 **Benennung von beratenden Mitgliedern im Ausschuss für Raumordnung, Umwelt und Klimaschutz**
Vorlage: X/2022/015

Baudezernent Ahten erläutert, dass in der vorherigen Legislaturperiode jeweils ein Vertreter des BUND, des NABU sowie des Landwirtschaftlichen Hauptverein für Ostfriesland e.V. als beratende Mitglieder in den seinerzeitigen Ausschuss für Kreisentwicklung und Umwelt entsandt worden seien.

Abg. Odens bestätigt die Ausführungen und erklärt, dass somit zwei Vertreter der Naturschutzverbände und ein Vertreter der Landwirtschaft als beratende Mitglieder tätig waren. Nunmehr werde jedoch eine gleichmäßige Verteilung gewünscht, sodass entweder jeweils ein*e Interessenvertreter*in des Naturschutzes und ein*e Vertreter*in der Landwirtschaft als beratende Mitglieder benannt würden oder jeweils zwei.

Abg. Wittmer-Kruse entgegnet, dass er keine Gefahr darin sehe, wenn die Naturschutzverbände eine*n Vertreter*in mehr entsenden würden. Er führt aus, dass er aus den Reihen des BUND, des NABU sowie der Bilanz bereits Interessent*innen ausfindig gemacht hätte, jedoch halte er es für angemessen, wenn die Naturschutzverbände selbst eine*n entsprechende*n Vertreter*in benennen.



Abg. Odens führt an, dass auch die Landwirtschaftskammer als beratende Behörde einen hohen Stellenwert einnehme und aus seiner Sicht eine Einbindung der Landwirtschaftskammer sinnvoll wäre. Aus diesem Grunde sei eine gleichmäßige Verteilung der Interessenvertreter*innen gewünscht. Abg. Odens fragt, ob zwei oder drei Vertreter der Naturschutzverbände vorgesehen seien.

Abg. Wittmer-Kruse vertritt die Ansicht, dass der Ausschuss festlegen müsse, wie viele beratende Mitglieder aus welchen Interessengruppen benannt werden sollten.

Abg. Odens schlägt vor, jeweils zwei beratende Mitglieder aus dem Interessenbereich Naturschutz und dem Interessenbereich Landwirtschaft zu benennen.

Abg. Wittmer-Kruse äußert seine Zustimmung zu diesem Vorschlag und führt weiter aus, dass er sich im Interessenbereich der Landwirtschaft die Partizipation des Bund Ökologische Landwirtschaft wünsche.

Abg. Odens führt aus, dass er auch die Interessen der ökologischen Landwirtschaft durch den LHV und die Landwirtschaftskammer hinreichend vertreten sehe.

Der Vorsitzende schlägt vor, dass dem Ausschuss vier beratende Mitglieder angehören sollen, von denen jeweils eines durch den NABU, den BUND, die Landwirtschaftskammer Niedersachsen (Bezirksstelle Ostfriesland) und den Landwirtschaftlichen Hauptverein für Ostfriesland e.V. gestellt werden sollen. Für den Fall, dass die Landwirtschaftskammer kein beratendes Mitglied benennen würde, sollten zwei beratende Mitglieder vom Landwirtschaftlichen Hauptverein für Ostfriesland benannt werden. Es wird um Abstimmung gebeten:

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 15 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

Der Ausschuss für Raumordnung, Umwelt und Klimaschutz stimmt der durch den Vorsitzenden vorgeschlagenen Benennung zu.

TOP 9 **Beschluss über die Erstellung eines Solardachkatasters**
Vorlage: X/2022/016

Der Klimaschutzmanager **Herr de Vries** stellt anhand eines Beispiels ein mögliches Solardachkataster in einer Präsentation vor [siehe Anlage 3].

Abg. Ennen und **Abg. Stange** verlassen die Sitzung um 17:20 Uhr.

Abg. van Gerpen äußert im Anschluss an die Präsentation, dass sie das Solardachkataster für eine gute Idee halte und es geeignet sei, viele Bürgerfragen zu beantworten. Darüber hinaus schiene es sinnvoll, auch Gebäude des Landkreises mit Solaranlagen auszustatten.

Baudezernent Ahten erläutert, dass die landkreiseigenen Gebäude aktuell hinsichtlich der Eignung zur Ausstattung mit Solaranlagen bewertet würden.



Abg. Buschmann bestätigt, dass der Kauf des Solarkatasters eine gute Investition darstelle, da dieses zum Umwelt- und Klimaschutz beitrage und darüber hinaus die Bürger*innen unterstütze.

Abg. Jelten führt an, dass möglicherweise deutlicher gemacht werden müsse, dass das Solarkataster vermutlich nicht immer alle externen Einflüsse jedes Einzelfalles abdecken könne und dementsprechend nicht jede Solaranlage exakt so errichtet werden könne, wie das Solardachkataster es vorsehe.

Herr de Vries bestätigt, dass das Kataster keine Spezialfälle abdecke. Allerdings sei deutlich, dass die Möglichkeit zum Bau einer Solaranlage nach Aussage des Katasters nicht gleichzeitig eine entsprechende Genehmigung darstelle.

Abg. Wittmer-Kruse äußert seine Zustimmung für das Solardachkataster. Es sei sehr leicht handhabbar und im Sinne des Umweltschutzes. Darüber hinaus werde den Bürger*innen so die Möglichkeit gegeben, die Angebote und Aussagen etwaiger Solarfirmen zu hinterfragen und abzuwägen. Er äußert die Bitte, dem Antrag der Verwaltung zuzustimmen.

Der Vorsitzende schlägt, vor, der Beschlussvorlage X/2022/016 zuzustimmen und bittet um Abstimmung:

“Die Verwaltung wird beauftragt, ein Solardachkataster für das Gebiet des Landkreises Aurich zu erstellen, um die Potentiale von Photovoltaik und Solarthermie zur Erzeugung klimaneutraler Energie zu identifizieren, zu bewerten und gezielt zu fördern. Dabei wird davon ausgegangen, dass ein Anteil von mind. 50 Prozent der einmaligen Kosten durch Förderung oder Mittel Dritter erbracht werden können.”

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

➡ **einstimmig beschlossen**

Der Ausschuss für Raumordnung, Umwelt und Klimaschutz stimmt der Erstellung eines Solardachkatasters zu.

TOP 10 Verschiedenes, Wünsche und Anregungen

Der Vorsitzende fragt nach weiteren Beiträgen. Es gibt keine Wortmeldungen.

TOP 11 Einwohnerfragestunde

Der Vorsitzende fragt nach weiteren Beiträgen. Es gibt keine Wortmeldungen.



TOP 12 **Schließung der Sitzung**

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 17:41 Uhr.

gez. Trauernicht
Vorsitzender

gez. Wessels gez. Wiemers
Protokollführer/in

